



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer** und **Fraktion (AfD)**

Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Räume und Einrichtungen für die Münchner Sicherheitskonferenz II
(Kap. 15 62 Tit. 111 42)

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 15 62 wird der Haushaltsvermerk im Tit. 111 42 wie folgt geändert:

Die Wörter „b) der Münchner Sicherheitskonferenz Räume im Gebäude E mietzinsfrei überlassen werden.“ werden gestrichen.

Begründung:

Die Münchner Sicherheitskonferenz tagte vom 16. bis zum 18. Februar 2024 wie üblich im Hotel Bayerischer Hof in München. Die private Tagung feierte ihr 60. Jubiläum und schloss wie in der Vergangenheit öffentlichkeitswirksam demokratische Parteien von der Teilnahme an der Konferenz aus.

Gleich mehrere Parteien wurden vom Besuch ausgeschlossen. Selbst demokratisch gewählte Parteien wie die Alternative für Deutschland, die einen erheblichen Teil der Wählerschaft auf sich vereint, erklärten die Betreiber medienwirksam als „unerwünscht“. Als private Tagung ist ein solcher Ausschluss möglich, gleichzeitig soll in einem solchen Fall kein bayerisches Steuergeld in Form von Zuschüssen an die Sicherheitskonferenz fließen. Ebenso soll keine kostenlose Nutzung beziehungsweise eine Nutzung zum reduzierten Mietzins von Gebäuden und Räumlichkeiten des Freistaats gewährt werden.

Die Münchner Sicherheitskonferenz gGmbH wird seit Jahren von Bund und Freistaat bezuschusst und unterstützt. Der Bund steuert jährlich über eine Million Euro bei, beispielsweise für die Personal- und Sachkosten der Konferenz, und stellt Hunderte von Bundeswehrsoldaten zum Schutz der Veranstaltung und der Teilnehmer bereit. Der Freistaat bezuschusst die gGmbH mit rund einer viertel Million Euro, offiziell unter der Zweckbestimmung „Cyber Security“, die ebenfalls zum Großteil Personalkosten der Konferenz decken. Hinzu kommt die Ermöglichung der kostenfreien oder vergünstigten Nutzung von Räumen und Einrichtungen des Freistaates.

Die Münchner Sicherheitskonferenz kann nicht als unterstützenswertes Forum für den Meinungsaustausch durch den Steuerzahler finanziert werden, während gleichzeitig gezielt demokratische Parteien und abweichende Meinungen ausgeschlossen werden.